

Abwasserzweckverband Oelsabachtal



SATZUNG

über die Erhebung von

VERWALTUNGSKOSTEN

(Verwaltungskostensatzung – VerwKostS)

vom 17. November 2009

VERWALTUNGSKOSTENSATZUNG

(VerwKostS)

vom 16.11.2009

Aufgrund von § 25 des Verwaltungskostengesetzes der Freistaates Sachsen (SächsVwKG) und des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) sowie des § 47 Abs. 2 i. V. m. § 6 Abs. 1 und § 5 Abs. 4 Sächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Oelsabachtal“ am 16.11.2009 folgende Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bei weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung) beschlossen:

§ 1

Erhebungsgrundsatz

Der Abwasserzweckverband „Oelsabachtal“ (in Folgendem: Zweckverband) erhebt für Tätigkeiten bei weisungsfreien Angelegenheiten, welche er in Ausübung hoheitlicher Gewalt vornimmt (Amtshandlungen), Verwaltungsgebühren und Auslagen (Kosten).

§ 2

Kostenschuldner

(1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,

1. wer die Amtshandlung veranlasst, im Übrigen derjenige, in dessen Interesse die Amtshandlung vorgenommen wird,
2. wer die Kosten einer Behörde gegenüber schriftlich übernommen hat oder für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet,
3. im Rechtsbehelfsverfahren und in streitentscheidenden Verwaltungsverfahren derjenige, dem die Kosten auferlegt werden.

(2) Auslagen im Sinne des § 5 Abs. 1 dieser Satzung, die durch unbegründete Einwendungen eines Beteiligten oder durch Verschulden eines Beteiligten oder eines Dritten entstanden sind, können diesem auferlegt werden.

(3) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Höhe der Verwaltungsgebühren, Kostenverzeichnis, Kosten des Vorverfahrens

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühr bemisst sich nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Kostenverzeichnis. Die Anlage selbst ist Bestandteil dieser Satzung.

Für Amtshandlungen, für die im Kostenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt ist, noch Gebührenfreiheit entsprechend §§ 3 und 4 SächsVwKG besteht, wird eine Gebühr von fünf bis fünfundzwanzigtausend Euro erhoben.

(2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich die Höhe nach dem Verwaltungsaufwand (Kostendeckungsgebot) und nach der Bedeutung der Angelegenheit für die Beteiligten. Die Ermittlung der Verwaltungsgebühr richtet sich dabei nach Anlage dieser Satzung.

(3) Kosten im Vorverfahren nach §§ 69 ff Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) werden entsprechend der Regelungen des § 80 Verwaltungsverfahrensgesetz erhoben.

(4) Unberührt bleiben Gebührenregelungen, die bereits in anderen Satzungen des Zweckverbandes getroffen sind.

§ 4

Schreibauslagen

Für die auf besonderen Antrag erteilten Ausfertigungen und Abschriften werden Schreibauslagen erhoben. Die Höhe der Schreibauslagen bemisst sich nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Kostenverzeichnis.

§ 5

Auslagen

(1) Auslagen sind Aufwendungen, die im Einzelfall im Zusammenhang mit einer Amtshandlung im Sinne des § 1 Abs. 1 entstehen. Auslagen sind insbesondere:

1. Entschädigungen, die Zeugen und Sachverständigen zustehen;
2. Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, ausgenommen die Entgelte für einfache Briefsendungen,;
3. Aufwendungen für amtliche Bekanntmachungen;
4. Reisekosten im Sinne der Reisekostenvorschriften und sonstige Aufwendungen bei Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle des Zweckverbandes;
5. die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zustehenden Beträge.

Auslagen werden grundsätzlich in tatsächliche entstandener Höhe erhoben.

(2) Auslagen im Sinne des Absatzes 1 werden auch dann erhoben, wenn die Kostenerhebende Behörde aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder aus ähnlichen Gründen an die anderen Behörden, Einrichtungen oder Personen Zahlungen nicht zu leisten hat.

§ 6 Entstehung der Kosten

Die Kosten entstehen mit der Beendigung der kostenpflichtigen Amtshandlung.

In den Fällen, in denen mehrere Amtshandlungen innerhalb eines Verfahrens getätigt werden, mit der Beendigung der letzten kostenpflichtigen Amtshandlung oder bei Zurücknahme oder Erledigung des Antrags oder Rechtsbehelfs. Bedarf die Amtshandlung einer Zustellung, Eröffnung oder sonstigen Bekanntgabe, ist sie damit beendet.

§ 7 Fälligkeit

Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht der Zweckverband einen späteren Zeitpunkt bestimmt.

§ 8 Anwendung des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes

Gemäß § 25 Abs. 2 SächsVwKG finden die §§ 2, 3, 4, 5, § 6 Abs. 2 Satz 2 bis 7, Abs. 4 und 5, die §§ 8 bis 17, der § 19, § 20 Abs. 1 und die §§ 21 bis 23 SächsVwKG finden bei der Erhebung von Kosten nach dieser Satzung entsprechende Anwendung.

§ 9 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung, aber frühestens zum 01.01.2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung vom 10.03.2004 (Sächs. Zeitung Ausgabe Freital u. Dippoldiswalde vom 29.03.2004) außer Kraft.

ausgefertigt:

Rabenau, den 17.11.2009

gez. Thomas Paul
Verbandsvorsitzender

Siegel

Hinweis nach § 4 Abs. 4 SächsGemO:

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Kostenverzeichnis des Abwasserzweckverbandes „Oelsabachtal“

| Lfd.- Nr. | Tarif- stelle | Gegenstand | Gebühr in EURO |
|--------------|------------------|---|---|
| 1. | | Allgemeine Amtshandlungen. | |
| 1.1 | | Erteilung einer Bescheinigung | |
| 1.1.2 | | Bescheinigung über gezahlte Beiträge, Gebühren und Kostenersatz | 10,-- € |
| 1.1.2 | | Schachterlaubnisse | 20,-- bis 50,-- € |
| 1.1.3 | | sonstige Bescheinigungen | 5,-- bis 50,-- € |
| 1.2 | | Einsichtgewährung, Auskünfte | |
| 1.2.1 | | Einsichtgewährung in Akten, Karteien, amtliche Bücher und dgl., soweit die Einsichtnahme nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird | 0,50 € je Akte oder Buch mindestens 5,-- € Die Gebühr erhöht sich um die Hälfte, wenn seit dem Abschluss der Akten oder Bücher mehr als zehn Jahre vergangen sind. |
| 1.2.2 | | Erteilung von Auskünften, die über § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SächsVwKG (Auskünfte einfacher Art) hinausgehen | 25,-- bis 250,-- € |
| 1.3 | | Fristverlängerungen | |
| 1.3.1 | | Verlängerung der Frist, deren Ablauf einen neuen Antrag auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Genehmigung, Erlaubnis oder Bewilligung erforderlich machen würde | 1/10 bis 1/4 der für die Genehmigung, Erlaubnis oder Bewilligung vorgesehene Gebühr, mindestens 5,-- € |
| 1.3.2 | | Fristverlängerung in anderen Fällen | 5,-- bis 25,-- € |
| 1.4. | | Erteilung einer Zweitschrift | 1/10 bis 1/2 der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr, mindestens 5,-- €. Ist die Erteilung der Erstschrift gebührenfrei, beträgt die Gebühr 0,51 € je angefangene Seite DIN A4, mindestens 5,-- € |
| 1.5 | | Aufnahme einer Niederschrift | 2,50 bis 40,-- € je angefangene Stunde |

| Lfd.- Nr. | Tarif- stelle | Gegenstand | Gebühr in EURO |
|--------------|------------------|--|--|
| 2. | | Erstellung von Bescheinigungen | |
| 2.1 | | Schreibauslagen/Vervielfältigungen | |
| 2.1.1. | | Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen, amtlichen Büchern, Registern u. ä. Sofern sie nicht durch Ablichtungen/Fotokopien Hergestellt werden | |
| 2.1.1 | | in deutscher oder sorbischer Sprache | 5,-- € (für jede ange- fangene Seite DIN A4) |
| 2.1.2 | | in einer anderen Sprache | 10,-- € (für jede ange- fangene Seite DIN A4) |
| 2.1.3 | | Wenn die Ausfertigung einer Abschrift besonders zeitraubend oder kostspielig ist | die Gebühr nach Tarif-St. 2.1 kann bis auf das 5-fache erhöht werden |
| 2.1.4 | | Wenn die Ausfertigung und Abschrift für den Dienstgebrauch einer Behörde oder für Lehr-, Studien- und ähnliche Zwecke erteilt wird | 0,05 €/Seite (für jede ange- fangene Seite DIN A4) |
| 2.1.5 | | Gebühren für Kopien/Vervielfältigungen mittels Fotokopiergeräten | |
| 2.1.5.1 | | Schwarz-weiß bis DIN A4 einseitig doppelseitig | 0,10 € je Seite 0,15 € je Seite |
| 2.1.5.2 | | Schwarz-weiß DIN A3 einseitig doppelseitig | 0,20 € je Seite 0,30 € je Seite |
| 3. | | Abwasserangelegenheiten | |
| 3.1. | | Kopie von kompletten Bau-, Lage- und Bestandsplänen/Karten mittels Fotokopiergeräten | |
| 3.1.1. | | Schwarz-weiß bis DIN A4 einseitig doppelseitig | 2,-- € je Seite 3,-- € je Seite |
| 3.1.2 | | Schwarz-weiß DIN A3 einseitig doppelseitig | 4,-- € je Seite 6,-- € je Seite |
| 3.2 | | Abgabe von Stellungnahmen für Bauvorhaben die der Zustimmung des AZV bedürfen | 20,00 € |
| 4. | | Widerspruchsbearbeitung | 25,00 € |
| | | zzgl. Gebühr in Abhängigkeit vom Gegenstandswert | |
| | | bis 500,00 € | 25,00 € |
| | | bis 2.500,00 € | 50,00 € |
| | | bis 5.000,00 € | 100,00 € |
| | | bis 7.500,00 € | 150,00 € |
| | | bis 10.000,00 € | 200,00 € |
| | | über 10.000,00 € | 250,00 € |